

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

296 (19.12.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 8. Geschäftsstelle: Adolf Hiltnerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: Luise Dups, Durlach, D. V. XI. 3400.



Anzeigenberechnung: Die 6spaltige Millimeterzeile (48 Millimeter breit) 8 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 296

Mittwoch, den 19. Dezember 1934

106. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In Stade fand am Dienstag die Beisetzung der Toten der Camper Speidel in Anwesenheit des Adjutanten des Jahrgars, Obergruppenführer Brüdner, statt.

Am Dienstag fand in der französischen Kammer die Generalausprache über den Wehrhaushalt statt, bei der hauptsächlich über den 800 Millionen-Zusatzkredit zur Rüstungserhöhung verhandelt wurde.

Eine linksradikale französische Zeitung veröffentlicht in großer Aufmachung Einzelheiten über ein französisch-sowjetrussisches Handels- und Militärabkommen, das von französischen und sowjetrussischen Kreisen in London demontiert wird.

In Belgrad kam es am Montag abend zu leidenschaftlichen Kundgebungen, die sich besonders gegen Italien und auch gegen Ungarn und Österreich richteten.

Die Kabinettskrise in Südbanien ist jetzt eingetreten, nachdem Außenminister Jeličić und Landwirtschaftsminister Kojitsch zurückgetreten sind.

Dr. Göbbels spricht zur Jahreswende

Berlin, 18. Dez. Die Reichspropaganda leitet mit: Alle deutschen Sender übertragen am 31. Dezember 1934 um 19.45 Uhr bis 20.00 Uhr aus Berlin die Rede des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Göbbels, zur Jahreswende.

Eine Aufforderung an jedermann

Berlin, 18. Dez. Der Reichsfinanzminister gibt, wie das AdZ-melbet, folgende Aufforderung an jedermann bekannt: Der 31. Dezember 1934 ist ein wichtiger Steuer- und Devisentermin. Wer mit Steuern im Rückstand ist und für die Steuern keine Stundung erlangt hat, muß bis Ende Dezember die Steuerpflicht begleichen, sonst kommt er auf die Liste der säumigen Steuerzahler. Wer am 1. Juni 1933 steuerpflichtiges Vermögen von mehr als 1000 RM. im Ausland gehabt hat, muß die Anzeige bis Ende Dezember nachholen. Devisen müssen, auch wenn sie sich im Inlande befinden, bis Ende Dezember an die Reichsbank oder eine Devisenbank abgeliefert oder einem Finanzamt angelegt werden. Nichterfüllung dieser Anzeige- und Anlegungspllichten ist mit schweren Freiheitsstrafen bedroht. An jedermann ergeht folgende Aufforderung: Prüfen Sie nach, ob Ihre Steuer- und Devisensachen in Ordnung sind! Ist dies nicht der Fall, so schaffen Sie bis Ende Dezember 1934 Ordnung!

Ausführregelung für Roggen in Deutschland, Polen und Sowjetrußland

Berlin, 18. Dez. In Moskau hat in der Zeit vom 10. bis 14. Dezember 1934 eine Zusammenkunft der Vertreter der staatlichen Getreidewirtschaften Deutschlands, Polens und der UdSSR. stattgefunden, die das bis zum 31. Juli 1935 laufende Roggenabkommen paraphiert haben.

Nachdem sich hierbei die UdSSR. endgültig für die gemeinsame Regelung der Ausfuhr von Roggen und Roggenmehl ausgesprochen hatte, wurde vereinbart, daß die gemeinsame Ausführregelung durch die Getreidewirtschaftsstellen der drei genannten Länder mit dem 1. Januar 1935 beginnen soll.

Die drei Stellen, in deren Händen die Durchführung der Uebereinkunft liegt, sind die Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse in Berlin, das polnische Getreideexportbüro in Danzig und die Handelsvertretung der UdSSR. in Hamburg. Als Stelle, die für die Zusammenarbeit mit den beiden anderen Stellen zu sorgen hat, ist für die ersten vier Monate die Reichsstelle für Getreide bestimmt worden, für die weitere Zeit das polnische Exportbüro in Danzig und, sofern das Abkommen über den 31. Juli 1935 hinaus verlängert wird, für die letzten vier Monate des Jahres 1935 die Handelsvertretung der UdSSR. in Hamburg.

Verhaltensmaßregeln für die britischen Saartruppen

London, 18. Dez. Wie „Daily Mail“ berichtet, sind den für das Saargebiet bestimmten britischen Soldaten im Hinblick auf den Zwischenfall in Saarbrücken neue Weisungen für ihr Verhalten gegeben worden. Am Montag abend sind in Calais 100 Mann des Nachrichtentrupps mit 60 Kraftwagen gelandet worden. Am Dienstag werden noch weitere Truppen und Kraftwagen gelandet werden. Am Mittwoch wird sich die Truppe auf der Landstraße nach dem Saargebiet in Bewegung setzen.

Blättermeldungen zufolge hat sich die britische Kabinett in einer Sonderitzung mit dem Zwischenfall im Saargebiet befaßt. Es verlautet, daß die Minister ihr Bedauern über das Geschehene geäußert haben, im übrigen aber, wie bereits Sir John Simon im Unterhaus zum Ausdruck gebracht hat, auf dem Standpunkt stehen, daß Großbritannien direkt nichts mit der Sache zu tun habe.

Die französischen Rüstungskredite

Phantasien über deutsche Heeresstärke

Paris, 18. Dez. Im Verlauf der Haushaltsberatung des Senats kam es bei der Erörterung des Postens des Kriegsministeriums zu einer grundsätzlichen Aussprache, bei der Senator Lemery für die Notwendigkeit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit eintrat, während Ministerpräsident Lalandin aus außenpolitischen Rücksichten die Aufrollung dieser Frage vermieden wissen wollte. Als Berichterstatter gab Senator Sari die kürzlich in der französischen Presse genannten Ziffern der Streitkräfte Deutschlands und Frankreichs an: angeblich 600 000 für Deutschland (1) und 460 000 für Frankreich — an. Zu den genannten 600 000 Mann, die Deutschland aufstellen könnte, zählte der Berichterstatter außerdem noch 700 000 Mann, die ausgebildet sein sollen und ausgeben werden könnten (1), darunter 1 400 000 (1) Reservisten und eine Million Mann der halb-militärischen Verbände.

615,5 Millionen Francs für die französische Artillerie

Paris, 18. Dez. Nach dem Rededuell, das sich am Montag im Senat zwischen Senator Lemery und Ministerpräsident Lalandin bei der Aussprache über den Heereshaushalt abgepielt hat, steht man den Verhandlungen der Kammer über die Zusatzkredite von 800 Millionen Francs für das Heeresmaterial mit Interesse entgegen. Diese Kredite verteilen sich wie folgt: 615,5 Millionen für die Artillerie und die Rüstungsfabrikation, 48 Millionen für die Pioniertruppen, 35 Millionen für das Intendanturwesen, 15 Millionen für die Sanitätstruppen, 80 Millionen Francs für die Pulvervorräte, 6,5 Millionen Francs für das Militärreisbahnenwesen. Die Annahme der Vorlage ist trotz der Opposition der Sozialisten nicht zweifelhaft.

Ministerpräsident Lalandin hat am Montag im Senat auf die Forderung Lemerys nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine mehr vorläufige ausweichende Antwort erteilt mit der Erklärung, daß man der Zukunft nicht vorgreifen dürfe. Lemery hat aber nicht etwa seine persönliche Auffassung zum Ausdruck gebracht — wie „Zeit Journal“ feststellt —, sondern die im Großen Generalstab vorherrschende und von General Wengand reiflich gebilligte Ansicht. Für Wengand soll ausschlaggebend die Sorge um einen plötzlichen deutschen Angriff gewesen sein. Der militärische Mitarbeiter des „Echo de Paris“, der immer als Sprachrohr des Generalstabs gegolten hat, verlangt heute wiederum die Schaffung eines Berufsheeres und die Heraushebung der Dienstzeit.

Pierre Cot und Lalandin sprechen

Der radikalsozialistische Abgeordnete und ehemalige Minister Pierre Cot stellte am Dienstag Antrag auf Vertagung. Die Regierung müsse sich zunächst einmal darüber äußern, welche Maßnahmen zur Kontrolle der Waffenherstellung und der Produktion getroffen worden seien. Man wolle nicht die Arbeit der Regierung behindern, aber für ihn und seine Freunde sei das Verbot der privaten Waffenherstellung eine Notwendigkeit. Denn sie sei ein Skandal. Unter großem Beifall seiner Partei erklärte Pierre Cot, man habe während des Krieges gesehen, wie auf der einen Seite Männer für Frankreich Blut und Leben gaben, während andere große Gewinne einstrichen. Er und seine Freunde seien bereit, die für die Landesverteidigung notwendigen Kredite zu bewilligen, nicht aber die Hand zu bieten, um den Leuten zu noch größeren Gewinnen zu verhelfen, die durch die Unterjochungen des amerikanischen Senats gebrandmarkt seien. Es sei bezeichnend, daß die französische Presse über diese Unterjochung kaum berichtet habe. Daß man gegen die Kriegsverweigerung vorgehe, sei vollkommen in der Ordnung. Zu fordern sei bei der Ueberwachung der Rüstungsindustrien vor allem die ihrer Kellerehaushalte, z. B. desjenigen der Gasmasthersteller. Der politische Feldzug über die Gefahren der Luftangriffe gehe von den Gasmastherstellern aus.

Ministerpräsident Lalandin erwiderte, die von Pierre Cot angebotene Lösung sei wünschenswert und die Regierung werde in Genf den gleichen Standpunkt vertreten, wie ihre Vorgänger. Es handle sich um ein internationales Problem. Hinsichtlich der rein französischen Seite der Angelegenheit müsse man sich auch darnach richten, was im Ausland gehehe. Es gebe keine spezielle Rüstungsindustrie. Verschiedene friedliche industrielle Unternehmungen könnten sehr schnell auf die Kriegsindustrie umgestellt werden. Immerhin könne man es nicht zulassen, daß in einem Kriegsfalle die einen ihr Blut hingäßen und die anderen Gewinne einstrichen. Gegenwärtig müsse man mit den Rüstungen der anderen rechnen. Lalandin sprach in diesem Zusammenhang von einer Großmacht, die Frankreich in den letzten hundert Jahren dreimal angegriffen habe.) Die Gewährung der Militärkredite sei eine Verwirklichungspremie für die Zukunft.

U. Sp. politische Darlegungen Laval's im Senat

Paris, 18. Dez. Der Senat befaßte sich am Dienstag nachmittags mit dem Haushalt des Außenministeriums. Der Vorsitzende des Ausschusses, Senator Berenger, richtete an den Außenminister die Bitte, sich zu der Außenpolitik Frankreichs zu äußern. Er wünschte vor allem Aufklärung über

die Verhandlungen mit Polen, der Sowjetunion, der Kleinen Entente und Italien und über das mit der Sowjetunion unterzeichnete Protokoll. Er nahm auch Bezug auf die Fühlungnahme zwischen den Vertretern französischer und deutscher Frontkämpfer.

Außenminister Laval verlas darauf eine ausführliche Darstellung der wichtigsten außenpolitischen Probleme. Er begann mit einem Bericht über die Beschlüsse des Völkerbundesrates zu der Saarabstimmung. Hierbei bezeichnete er den Beschluß des Rates für den Fall der Beibehaltung des Status quo als richtig. Wenn er, Laval, in der Kammer bereits erklärt habe, daß Frankreich sich einer zweiten Abstimmung gebenfalls nicht widersetzen würde, so habe er die Genugtuung, feststellen zu können, daß die Ansichten der französischen Regierung über dieses heikle Problem mit denen des Dreierausschusses übereinstimmen. Laval hob weiterhin die Bedeutung der Tatsache hervor, daß zum ersten Male der Grundsatz der Heranziehung einer internationalen Streitmacht zur Regelung einer internationalen Frage vom Völkerbund anerkannt worden sei. Das sei ein großer Tag in der Geschichte der Genfer Einrichtung, und dieser Schritt könne von allen Völkern begrüßt werden.

In seinem Bericht über die Beilegung des ungarisch-südbanischen Streitfalles bekräftigte Laval die Solidarität Frankreichs und Südbanien, hob aber auch hervor, mit welcher Würde die Budapest Regierung der Entschließung des Völkerbundes zugestimmt habe. Durch seine Haltung habe der Vertreter Ungarns die Möglichkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zur wirtschaftlichen und moralischen Befriedung Europas gezeigt, zu der die Staaten der Kleinen Entente ihrerseits bereit seien. Das sei die Bilanz der Genfer Beratungen, die dem Völkerbunde Ehre bereite.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wiederholte Laval, daß die Interessen Frankreichs mit den Interessen des Friedens zusammenfielen. Damit aber Frankreich seine Vernunft durchsetzen könne, müsse es geachtet werden, und um geachtet zu werden, müsse es stark sein. In allen laufenden Verhandlungen verfolge Frankreich kein egoistisches Ziel, wenn es auch die berechtigste Sorge um die Sicherheit hege. Für den besten Ausbau des Friedens seien die Verhandlungen zum Abschluß eines Ostpakt und zu einer engeren Zusammenarbeit mit Italien aufgenommen worden. Laval betonte sein Vertrauen in den Erfolg dieser Verhandlungen.

Mit der italienischen Regierung will Laval nicht nur die rein französisch-italienischen Fragen regeln, sondern eine Uebereinstimmung über die wichtigsten Probleme der allgemeinen Politik zu erreichen suchen. Er versicherte Mussolini seiner höchsten Achtung und sollte seiner verhältnismäßigen Haltung und seinem Friedenswillen Anerkennung. Wie Frankreich, so habe auch Mussolini Freundschaften, denen er treu zu bleiben gedente. Hierin stimmte seine Ansichten mit denen Frankreichs überein. Von der Uebereinstimmung zwischen beiden Regierungen hänge die Aufrechterhaltung einer eng mit den Interessen des europäischen Friedens verknüpften politischen Ordnung in Mittel- und Osteuropa ab. Vor kaum zwanzig Jahren habe Italien in dem Augenblick, wo es um das Schicksal der Welt gegangen sei, eine entscheidende Verantwortung übernommen. Heute müsse Frankreich mit Italien zusammen eine andere Initiative ergreifen: Die der engsten Zusammenarbeit im Dienste des Friedens. Die Kleine Entente könne Frankreich in dieser Hinsicht vertrauen. Da die Freundschaft Frankreichs unerschütterlich sei, müsse die Kleine Entente im voraus alles, was die französische Regierung mit der italienischen Regierung planen könnte, als vollständig übereinstimmend ansehen mit der Auffassung, die die Regelung ihrer (der Kleinen Entente) eigenen Interessen Frankreich vorschreibe und immer vorschreiben werde.

Zu den Verhandlungen über den Ostpakt übergehend, hob Laval den Willen der Sowjetunion zur internationalen Zusammenarbeit für den Frieden hervor. Die Verhandlungen über den Ostpakt würden fortgesetzt, und Frankreich sei bestrebt, sich die Zustimmung Polens zu sichern. Frankreich habe Polen ebenso herzlich wie genaue Aufklärungen gegeben. In Polen könne kein Zweifel darüber bestehen, daß Frankreich bestrebt sei, den berechtigten polnischen Wünschen Rechnung zu tragen.

„Wir werden“, so fuhr Laval fort, „sehr bald unsere Unterhaltung mit Deutschland wieder aufnehmen. Ich habe bereits gesagt, daß Deutschland aufgefordert werden würde, mit uns und den übrigen Ländern unter den gleichen Bedingungen und mit gleichem Recht (au même titre) zu verhandeln. Deutschland wird aufs Neue aufgefordert werden, sich diesem Kollektivpakt anzuschließen, in dessen Rahmen es versichert ist, die gleichen Garantien zu erhalten, die es den übrigen beteiligten Ländern gewähren wird.“

Laval gab sodann den Wortlaut des am 5. Dezember zwischen ihm und Litwinow unterzeichneten Protokolls bekannt, dem inzwischen die Tschechoslowakei beigetreten ist.

Zum Schluß betonte Laval, daß Frankreich einzig und allein auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit handeln wolle und bereit sei, auf diesem Gebiet mit Allen zusammenzuarbeiten. Frankreich betreibe eine Friedenspolitik; eine solche Politik sei gegen kein Land gerichtet.

Laval erklärte: „Ich schließe auch niemanden aus. Ich werde im Gegenteil um den Beistand Aller, die guten Willens sind. Wir haben uns um sie bemüht, wir bemühen uns auch jetzt noch

um sie. Die französische Regierung wird niemals etwas tun, was Deutschland zu dem Glauben berechtigt, Frankreich wolle ihm gegenüber eine Politik der Vereinsamung betreiben. Die deutsch-französische Annäherung im internationalen Rahmen ist eine wirkliche Friedensbürgschaft. Möge Deutschland davon überzeugt sein, möge es dementsprechend handeln. Und dann wird ein großer Schritt in Richtung auf die notwendige Versöhnung unserer beiden Völker getan sein. Deutschland wird bei den kommenden Verhandlungen sich zu äußern haben. Es wird sagen, ob es an den geplanten Kollektivpakt Anteil nehmen will. Es wird auf diese Weise imstande sein, sein Solidaritätsgefühl zu bezeugen. Wir schließen vor keiner Gefahr die Augen, aber wir verzichten auch auf keine Hoffnung. Wir bewahren die Überzeugung, daß in der heutigen Zeit etwas Dauerhaftes nur auf einer aufrichtigen und wirklichen Anwendung der internationalen Zusammenarbeit begründet werden kann."

Französisch-sowjetrussisches Militär-Geheimabkommen?

London, 18. Dez. Der Infradiale „Star“ veröffentlicht am Dienstag in großer Aufmachung Einzelheiten über ein umfassendes französisch-sowjetrussisches Militär- und Handelsabkommen. Das Militärabkommen wurde danach am 22. November von Laval und mit Simon in Genf angenommen, während das Handelsabkommen endgültig am 10. Dezember unterzeichnet worden ist.

Der Militärpakt hat eine Laufdauer von fünf Jahren und kann um weitere fünf Jahre verlängert werden. Art. 3 und 4 sehen enge Zusammenarbeit zwischen Sowjetrußland und Frankreich in Luftfahrfragen vor. Art. 2 des Vertrages soll Andeutungen darüber enthalten, daß Japan und Deutschland die mutmaßlichen Widersacher der beiden Unterzeichnermächte sein würden. Gleichzeitig wird in Artikel 1 der Pakt als ein reinen Verteidigungszwecken dienendes Instrument bezeichnet.

Wie der „Star“ weiter meldet, ist ein Zusammenwirken zwischen beiden Generalstäben vorgesehen. Das Material über die militärtechnischen Fortschritte soll ausgetauscht werden. Die Luftfahrtattachés der beiden Länder in Paris und Moskau sollen weitgehend unterrichtet werden. Außerdem wird sich eine französische Militärmission nach Sowjetrußland und eine sowjetrussische Militärmission nach Frankreich begeben, um die militärtechnischen Fortschritte zu studieren. Es sind Vorkehrungen getroffen, um diese Bestimmungen sofort wirksam werden zu lassen. Die sowjetrussische Regierung übernimmt ferner die Herstellung französischer Flugzeugmotoren; die technische Leitung wird in französischen Händen liegen. Von den neuen französischen Zerstörern werden 400 Stück nach Sowjetrußland befördert, um die Erfahrungen der französischen Tankfabrikanten auch Sowjetrußland nutzbar zu machen. Für die ständige drahtlose Verbindung zwischen den beiderseitigen Generalstäben ist ein Geheimsystem ausgearbeitet worden.

Die Veröffentlichung im „Star“, die von einem namentlich nicht genannten Sonderberichterstatter stammt, enthält schließlich Einzelheiten über die Stellung der beiden Mächte im Falle eines Krieges. Sollte Sowjetrußland von Japan angegriffen werden, dann wird Frankreich ohne besondere Aufforderung Kriegsmaterial im Werte von vier Milliarden Franken an Sowjetrußland liefern.

Im Falle eines französisch-deutschen Krieges werden die Sowjetrußen Frankreich mit einer entsprechenden Menge Getreide versorgen. Frankreich und Sowjetrußland verpflichten sich ferner, keine zweiseitigen Verträge mit Deutschland abzuschließen.

Das Handelsabkommen ist nicht näher gekennzeichnet, aber der „Star“ meint, daß auch dieses Abkommen eine deutschfeindliche Tendenz habe, da es offensichtlich den Zweck verfolge, enge Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland — etwa auf dem Wege der Gewährung großer deutscher Kredite — zu verhindern.

Diese auch vom Reutersbüro verbreitete Veröffentlichung des „Star“ wird in französischen und sowjetrussischen Kreisen Londons kategorisch dementiert.

Der Wortlaut des französisch-sowjetrussischen Protokolls. P.N. Paris, 19. Dez. Der Wortlaut des französisch-sowjetrussischen Protokolls lautet wie folgt:

Der französische Außenminister und der sowjetrussische Volskommissar für auswärtige Angelegenheiten, die in Genf einen Gedanken austausch über den Stand der Verhandlungen zum Abschluß eines Pakt, für den von ihren Regierungen die Initiative ergriffen worden ist, geführt haben, sind zu der Feststellung gelangt, daß beide Regierungen gemeinsam beschlossen sind, den Abschluß der vorgesehenen internationalen Akte zu

betreiben. Sie sind in dem Augenblick, in dem die Verhandlungen eine aktivere Wendung genommen haben, übereingekommen, im Namen ihrer Regierungen folgende Haltung einzunehmen:

1. Keine der beiden Regierungen wird sich mit den Regierungen, die zur Teilnahme an dem Pakt aufgefordert worden sind, und insbesondere mit denen, die ihren grundsätzlichen Beitritt noch nicht erklärt haben, in Verhandlungen einlassen, die zum Abschluß von zwei- oder mehrseitigen Verträgen führen könnten, die die Vorbereitung und den Abschluß des regionalen Pakt und der mit ihm verbundenen Verträge kompromittieren könnten, oder die dem Geiste widersprechen, dem sie entspringen sind.

2. Zu diesem Zweck wird jede der beiden Regierungen die andere über jeden Vorschlag auf dem Laufenden halten, der eine derartige Tragweite haben könnte, auf gleich welchem Wege er ihr von einer der in Frage kommenden Regierungen unterbreitet werden würde. Diese Verpflichtungen gelten für die Dauer des laufenden diplomatischen Unternehmens (entreprise) und aller folgenden Unternehmen, die gemäß der gleichen allgemeinen Auffassung und mit der gleichen Absicht an seine Stelle gesetzt werden könnten.

Beide Regierungen verpflichten sich, auf diese Unternehmen festzustellen zu haben, daß es nutzlos wäre, sie weiter zu verfolgen. In diesem einen Falle würden sie über die neuen Verfügungen beraten, die sie sich in gleichem Geiste und zum Zwecke eines gleichen Gegenstandes zu geben für zweckmäßig erachten würden.

Die beiden Regierungen sind überzeugt, daß eine solche Garantie der Kontinuität und der Wirksamkeit in der diplomatischen französisch-sowjetrussischen Zusammenarbeit den Erfolg der laufenden internationalen Verhandlung erleichtern und gleichzeitig dazu dienen wird, allgemein den Geist des gegenseitigen Vertrauens in den amtlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu stärken. Im Vertrauen darauf haben die Unterzeichner, die von ihren Regierungen hierzu ermächtigt waren, das vorliegende Protokoll unterzeichnet.

Genf, den 5. Dezember 1934.
(Unterschriften) **Stwinow.** **Laval.**

Hemslers zurückgetreten

P.N. Saarbrücken, 18. Dez. Der Leiter der saarländischen Polizei, Ministerialrat Hemslers, hat dem Präsidenten der Regierungskommission, Anoz, sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Hennessy Nachfolger Hemslers.

P.N. Saarbrücken, 18. Dez. Zum Nachfolger des zurückgetretenen Hemslers ist der englische Major Hennessy ernannt worden. Hennessy gehört zu den schon seit einiger Zeit im Saargebiet weilenden Polizeioffizieren und war dem Präsidenten der Regierungskommission, Anoz, persönlich zugeteilt. Er gilt als ein sehr bewährter Offizier und kennt Deutschland aus eigener Anschauung.

Neue Anhebelung der Pakt-Verhandlungen?

Paris, 18. Dez. Der französische Botschafter in Warschau, Caroz, ist am Montag nach Paris abgereist. Auch der französische Botschafter in Moskau, Alphonse, wird dieser Tage hier erwartet. Die Blätter bringen beide Neffen in Verbindung mit den Pakt-Verhandlungen und beziehen sich auf eine Meldung der „Times“, nach der sich Warschau trotz der letzten französischen Note weiter ablehnend verhalte.

Vor einem großen Spionage-Prozess in Paris

Paris, 18. Dez. Nach einjährigen Bemühungen ist die Voruntersuchung in einem Spionagefall abgeschlossen worden, der demnächst vor dem Pariser Strafgericht zur Verhandlung kommen wird. Insgesamt sind 34 Personen der Spionage für Sowjetrußland angeklagt worden, von denen bisher allerdings nur 17 verhaftet werden konnten. Die meisten Angeklagten tragen jüdische Namen. Die Angelegenheit wurde aufgerollt durch die Verhaftung eines arabischen Ehepaars namens Swih im Dezember 1933.

Voruntersuchung des Marceller Anschlags abgeschlossen

Paris, 18. Dez. Die gerichtliche Voruntersuchung des Marceller Attentats auf König Alexander und Außenminister Barthou ist so gut wie abgeschlossen. In Aigues-Provence rechnet man damit, daß die Helfershelfer des Täters Relemon, Rodat, Benesch und Molina, die im Marceller Gefängnis sitzen, Anfang März nächsten Jahres sich vor dem Schwurgericht Aigues-Provence zu verantworten haben werden.

Ausführungsbestimmungen für die Einreise ins Saargebiet

P.N. Saarbrücken, 18. Dez. Die Regierungskommission veröffentlicht folgende Ausführungsbestimmungen zu ihrer Verordnung vom 29. November 1934 über die Einreise in das Saargebiet:

§ 1. Die Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet wird erteilt von der Abteilung des Innern. Sie ist schriftlich zu beantragen unter Vorlage eines mit Lichtbild versehenen Passes oder Personalausweises. In dem Gesuch ist Zweck, Dauer und Ort des Aufenthaltes im Saargebiet genau anzugeben.

§ 2. Die Genehmigung ist nachzuziehen vor der Einreise in das Saargebiet. Sie wird in dem Pass oder Personalausweis vermerkt und ist bei der Einreise den kontrollierenden Beamten vorzulegen. Sie ist ferner der Ortspolizeibehörde des Ortes, in der der Aufenthalt genommen wird, innerhalb 24 Stunden nach der Einreise vorzulegen. Wird innerhalb der ersten 24 Stunden der Aufenthalt festgestellt, so genügt die Vorlage bei einer Ortspolizeibehörde.

§ 3. Diejenigen Personen, denen die Genehmigung zum vorübergehenden Aufenthalt im Saargebiet bereits erteilt ist, haben, wenn sie sich nach dem 26. Dezember 1934 im Saargebiet noch aufhalten wollen, erneut die Aufenthaltsgenehmigung bei der Regierungskommission, Abteilung des Innern, nachzuziehen. Die Genehmigung des weiteren Aufenthaltes erfolgt durch Anklopfung des Passes oder Personalausweises. Einer erneuten Meldung bei der Ortspolizeibehörde bedarf es nicht.

§ 4. Die Einreisegenehmigung kann jederzeit widerrufen werden. Sie ist insbesondere zu widerrufen, wenn sich ergibt, daß sie durch unwahre Angaben erwirkt worden ist.

§ 5. Inwieweit Ausnahmen von dem Erfordernis der Einreisegenehmigung in besonderen Fällen (im Grenzverkehr bei Personen, die dienstlich in das Saargebiet einreisen müssen usw.) zugelassen sind, wird durch besondere Verfügung bekanntgegeben.

Die Prüfung der Saarabstimmungslisten

P.N. Saarbrücken, 18. Dez. Die beim Obersten Abstimmungsgerichtshof eingelegten Einprüfungen gegen die Entscheidungen der Kreisbüros über die Eintragungen in die vorläufigen Listen haben eine Gesamtzahl von 9248 ergeben. Davon sind 2387 (25,8%) gutgeheißen, die übrigen entweder verworfen oder für unzulässig erklärt worden. Von den 7400 Einsprüchen auf Eintragung wurden 1565 gutgeheißen, von 1844 Einsprüchen auf Streichung 1018; die vier Einsprüche auf Berichtigung wurden sämtlich gutgeheißen.

Wieder 28 Hinrichtungen in der Sowjetunion

Moskau, 18. Dez. Das Militärkollegium des Obersten Gerichtes der Sowjetunion hatte in Kiew die Akten der in der Ukraine verhafteten 37 Personen eingehend bearbeitet und festgestellt, daß sie über Polen oder Rumänien nach der Ukraine gelangt seien, um hier Attentate auf hohe Sowjetpolitiker zu verüben. Bei den meisten Verhafteten seien Revolver und Handgranaten gefunden worden. Das Militärkollegium hat daher 28 Angeklagte zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die Urteile sind bereits vollstreckt worden. Das Eigentum der Verhafteten fällt dem Staat anheim. Die Akten der neun anderen Verhafteten sind zur weiteren Untersuchung ausgesondert worden.

Warschau gegen das Warschauer Elektrizitätswerk

Warschau, 18. Dez. In Warschau beginnt am heutigen Dienstag der Prozess, den die Stadt Warschau gegen das einer französischen Aktiengesellschaft gehörende Warschauer Elektrizitätswerk anstrengt hat. Die Klage der Stadt geht auf letzterjährige Lösung des Konzessionsvertrages, der noch aus dem Jahre 1902 stammt, auf Übertragung des gesamten Eigentums des Wertes an die Stadt und auf sofortige Ermittlung der französischen Gesellschaft aus allen ihren Gebäuden. Bis zur Entscheidung des Prozesses fordert die Stadt zunächst die Einziehung einer Zwangsverwaltung. Die Klage gründet sich im wesentlichen darauf, daß die französischen Konzessionäre ihren Verpflichtungen in keiner Weise nachgekommen seien.



Die Gemeindelast

ROMAN VON GERT ROTHBERG
URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU I.S.A.

(20. Fortsetzung.)
Der Oberhofbauer aber sah zu Christa hinüber, und sein harter Mund zuckte. —
Die Reize war von bestem Wetter begünstigt. Italiens Sonne enttäuschte nicht. Golden schien sie herab, und die Wundergärten Roms spendeten ihren Wohlgeruch. Die Neuwahlten wohnten in einem der vornehmsten Hotels, und Gisela's Stolz kannte keine Grenzen, als sie eines Tages Graf Jarrenreuther und seine Eltern im Speisesaal trafen und der junge Graf neben Ernst Oberhof einen recht schlappen, verlebten Eindruck machte.
„Oberhof? Wie? Oberhof? Adel? Kenn' ich doch gar nicht!“ kurrte der alte Graf und nahm im Geiste den Gotha durch.
„Kein Adel, Papa! Ich erzählte es euch doch, daß Gisela Heiden nach dem wenig ruhmvollen Ende ihres Vaters einen reichen Gutsbesitzer geheiratet hat.“
Es klang wegwerfend, und der alte Graf meinte grämlich:
„Dann war es auch durchaus nicht nötig, daß wir mit den Leuten zusammengebracht wurden.“
„Wegen der kurzen Begrüßung? Keine Angst, Papa, auf einen näheren Verkehr lasse ich's bestimmt nicht ankommen.“
„Dann ist es gut. Famos sah dieser Bauer aber aus.“
Diese letzte Bemerkung ärgerte den jungen Grafen maßlos, aber es ließ sich nichts dagegen einwenden. Nach einer Weile meinte der alte Graf:
„Mehr Geld als wir scheinen diese Oberhofs zu haben.“
Die Frau Gräfin nickte und aß mit viel Verständnis ihre Krebse.
Gisela aber schmiegte sich fest an ihren Mann.

Er sah sie erstaunt an.
„Gisela?“
„Ach liebe dich, Ernst!“
„Und ich dich. Aber wie so müßt du mir das jetzt so sehr verzeihen? Hast du einen besonderen Grund?“
„Ja! Weil deine Liebe mich davor bewahrt hat, die Frau des Grafen Jarrenreuther zu werden.“
Nach dem Essen machten sie einen Spaziergang in den blühenden, duftenden Sommergarten hinein. Einmal blieb Gisela stehen und blickte von einem Hügelchen in einen wahren Wundergarten. Sah eine prächtige Villa verträumt inmitten des Grüns.
„Ein Paradies, Ernst! Wer hier wohnen könnte!“
Ihre Augen glühten sehnsüchtig.
Da sentte sich dem Manne mit graufamer Deutlichkeit ins Herz, daß diese Frau niemals ein lebenslanges Glück auf dem Oberhof finden konnte. Und diese Gewißheit würde ihn innerlich ruhelos machen, denn noch liebte er sie mit jeder Faser seines Seins.
„Frits Wellin.“
Ernst Oberhof las es an dem blanken Schild. Und ein sonderbares Gefühl war in ihm.
Wellin! Wellin hieß auch Christa, der die Güte seines Vaters auf dem Oberhofe ein Heim gegeben. Bestand zwischen diesem Namen hier und der kleinen Christa ein Zusammenhang? Kaum!
Sie waren weitergegangen. Gisela plauderte nicht mehr so lieb wie vorher. Sie dachte auch nicht an die gleichen Namen. Vielleicht würde sie auch gar nicht, daß Christa's Familienname Wellin lautete. Sie dachte an etwas ganz anderes: Daß es schön wäre, wenn sie mit Ernst immer so reisen könnte. Wenn er vielleicht dabei einmal alles verkaufte und sie sich hier in diesem gesegneten Lande gleichfalls in einer Märchenvilla niederlassen würden. Ob er dies jemals tun würde, wenn er alleiniger Besitzer des Oberhofs war? — Nein! Er war ein Bauer trotz allem, und die wurzelten mit Leib und Seele in der heimatischen Scholle. Sie wußte ja auch ganz genau, daß er sich jetzt schon wieder nach Hause sehnte, trotzdem er die Schönheiten Italiens aus ehrlichem Herzen bewunderte.
Schweigend schritten sie an der alten Mauer entlang. Da zuckte Gisela plötzlich zusammen.

Auf einer Erhöhung hinter der Mauer, von blauen, duftenden Loristhas umhüllt, stand ein Mann und blickte herunter. Und dieser Mann war derjenige, den Gisela damals auf dem Bahnhof gesehen hatte, als sie mit ihrer Mutter zur Sommerfrische bei den Oberhofs eintraf.
Wie seltsam dies war! Und seine Augen blickten sie wieder an wie damals, bewundernd, tief, weitergehend, ein bißchen müde von vielen Erleben, aber immer auf der Suche nach neuen Abenteuern. Wer war der Mann?
Gisela begann sich, daß sie ihn damals für einen Maler gehalten hatte. Nun, wenn sie recht gehabt, dann war es weiter kein Wunder, wenn er die deutschen Berge besucht hatte. Die Maler waren ja überall.
Ewig schade, daß man niemals beim ersten Sehen wußte, was hinter einem Menschen steckte. Der hier war bestimmt vermögend! Er besaß diese entzückende Villa mit dem Märchengarten. Und hätte sie dies gewußt, dann — wäre vielleicht alles anders gekommen. — Gisela schmeigte sich an ihren Mann, wie auf der Flucht vor den schwarzen Gedanken, die hinter ihrer weißen Stirn kreuzten. Mit zusammengezogenen Brauen sah der Mann an der blumenüberwucherten Mauer ihnen nach. Und unauffällig ging Oberhofs Blick noch einmal zu ihm hin.
„Erst, den Herrn dort oben an der Mauer habe ich schon einmal gesehen. Dabei bei euch auf dem Bahnhof war es, als ich mit Mama zum erstenmal zu euch kam.“ sagte Gisela, weil sie es für besser hielt, gleich Offenheit zu zeigen, denn sie kannte die kleine heile Falte auf der Stirn des Vaters genau.
Sie irrte sich aber, wenn sie glaubte, nur Eifersucht habe diese Falte eingegraben. Ernst Oberhof dachte jetzt hauptsächlich an diesen mehr als sonderbaren Zufall, daß dieser Mann, der den gleichen seltsamen Namen wie Christa trug, in seiner Heimat gewesen war. In dem Dorfe, wo man einst die fremde Frau mit ihrem Kinde aufgenommen.
Ein Zufall? Es war zu seltsam, um ein Zufall zu sein! Wiederum auch nicht. Warum hätte er die bekannte Sommerfrische in dem deutschen Bergdorf nicht aufsuchen sollen?
(Fortsetzung folgt.)